



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Mitglieder.

Die Arbeitslosigkeit hat unter unsern Verbandsmitgliedern einen verhältnismäßig großen Umfang angenommen. Gerade in den Wintermonaten, da die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung und besonders für Kleidung den Arbeiterhaushalt mehr als sonst im Jahre belasten, ist das bittere Leid der Arbeitslosigkeit schwer zu tragen. Wohl in allen Mitglederkreisen versucht man daher, zum Weihnachtsfest dieses Leid zu mildern. Gern geben die in Arbeit stehenden Mitglieder trotz ihres kleinen Verdienstes für die durch Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kollegen und Kolleginnen. Ein schönes Zeichen gewerkschaftlicher Solidarität. Auch der Verbandsvorstand hat wie alljährlich der arbeitslosen Mitglieder gedacht und eine Extrainterrückzahlung für die in der Woche vom 14. bis 19. Dezember arbeitslos gemeldeten Kollegen und Kolleginnen beschlossen. Jedes Mitglied, das in dieser Woche arbeitslos ist, erhält außer seiner Verbandsunterstützung die ihm sachungsgemäß zusteht, eine besondere Zuwendung in derselben Höhe aus der Verbandskasse. Die Mitglieder haben also für diese Woche die doppelte Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen. Außerdem erhalten sie für jedes zu ihrem Haushalt gehörige Kind unter 14 Jahren 2 Mark.

Beider sind nicht alle arbeitslosen Mitglieder mehr unterstützungsberechtigt. Viele sind ausgesteuert und erhalten keine Unterstützung vom Verbands mehr. Auch ihr ist vom Verbandsvorstand gedacht worden. Jedes ausgesteuerte Mitglied erhält den Beitrag als Weihnachtsunterstützung, den es in der letzten Unterstüttungswoche bezogen hat. Mitglieder, die noch nicht bezugsberechtigt sind, erhalten für 6 Tage Unterstützung ihrer Beitragsklasse, die sie beziehen würden, als wenn sie schon 52 Wochenbeiträge bezahlt hätten. Ausgesteuerte und noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder haben ebenfalls auf die Unterstützung von 2 Mk. für jedes Kind unter 14 Jahren Anspruch.

Mehr konnte leider bei dem großen Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern nicht getan werden. Unsere arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen werden sicher den Beschluß des Verbandsverbandes freudig begrüßen und ihn so aufnehmen, wie er gemeint ist, als eine Festesfreude, die Arbeiter und Arbeiterinnen ihren in unerschuldeten Not geratenen Berufscollegen bereiten: diese besondere Zuwendung für unsere Arbeitslosen beweist wieder, daß nur ein fester gewerkschaftlicher Zusammenschluß die Not der Arbeiter zu mildern imstande ist.

Tarifverhandlungen im Schrifligeser-gewerbe.

Wer in den letzten Jahren die Tarifverhandlungen im Schrifligeser-gewerbe verfolgt hat, wird sich nicht wundern, wenn wieder einmal von ergo n i s los verlaufenen Verhandlungen berichtet werden muß. Die Einstellung dieser Unternehmergruppe in den letzten zwei Jahren ist eine herabsteigende, daß man schon zu Beginn der Verhandlungen erkennen kann, daß bei der englignen Einstellung und der damit verbundenen Angst vor der Verantwortung stets auf eine Entschuldung durch eine unparteiliche Instanz hingearbeitet wird. Ob dieser Weg zum Nutzen des Gewerbes ist, haben wir an dieser Stelle schon recht oft bezweifelt und auch mit Erfolg nachgewiesen, daß alles, was die Herren in den Verhandlungen nicht glauben bewilligen zu können, sie ohne weiteres durch Schiedspruch erfüllen konnten. Wir haben außerdem die Wahrnehmung gemacht, daß das Gewerbe diese sogenannten „Belastungen“ sehr gut ertragt und außerdem recht ansehnliche Gewinne abwirft. Mit Recht und Unbefritten konnten die Vertreter der Arbeiterchaft nachdrücklich darauf hinweisen, daß heute einige Gutschriften billiger hergestellt wurden als im Frieden, wie überhaupt der Lohnanteil am Produkt durchweg ein beträchtlich niedrigerer ist, als es in der Vorkriegszeit der Fall war. Die Preise des Produktes sind aber beträchtlich höher als in der Vorkriegszeit. Alle diese Argumente nützen aber nichts, wenn eben der Wille zur Verständigung nicht vorhanden ist.

Auch bei diesen Verhandlungen glaubten die Unternehmer im Manteltarif wie auch im Lohn- und Akkordtarif der Arbeiterchaft ganz beträchtliche Verschlechterungen anbieten zu müssen. Lohnminderung, Verschlechterung von Akkordpositionen, ebenfalls in der Arbeitszeit und Feiertagsbezahlung u. a. m. führten dazu, daß nach viertägigen Verhandlungen eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, weil die Unternehmer nicht einsehen wollten, daß ein Neuabschluß des Tarifvertrages auch nur mit einer dieser Verschlechterungen für die Arbeiterchaft unmöglich sei. Um die Unzulänglichkeit eines tariflosen Zustandes zu vermeiden, machten nimmehr die Unternehmer einen Vorschlag, den Manteltarif, unter Ausschaltung eines beträchtlichen Teiles von Arbeitergruppen, welche seit Jahren (und damals auf Wunsch der Unternehmer) unter dem Tarifvertrag standen, auf zwei Monate zu verlängern und im Februar zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Nach eingehender Beratung unterbreiteten die Arbeitnehmervertreter einen Gegenorschlag, der darauf hinausging, den Tarifvertrag in seiner jetzigen Form auf ein Jahr zu verlängern, und zwar unuerändert in seinem jetzigen Geltungsbereich. Nach einer kurzen Sonderberatung erklärten die Unternehmer, ihre endgültige Stellungnahme hierzu nach Rücksprache mit der Gesamtheit der Mitgliedsfirmen am 12. Dezember bekanntgeben zu wollen.

Wir werden in der nächsten Nummer unserer Zeitung noch eingehender auf Ursachen und Wirkungen dieser Verhandlungen eingehen und auch unsere Beschlüsse über beabsichtigte Maßnahmen der in Frage kommenden Organisationen unterrichten. Bis dahin eruchen wir, von jedem Sondervergehen abzulehnen und nur den Weisungen der Organisationsstellungen Folge zu leisten.

Sobot oder niedriger Lohn?

Von Professor Lederer, Heidelberg.

Im Zusammenhang mit der schweren Wirtschaftskrise, die auch in England noch immer besorgt erörtert wird, stehen alle die Veruche, durch Verbesserung der Organisation auf der einen Seite, durch Herabdrückung der Kosten, insbesondere der Lohnkosten auf der anderen Seite, die einzelnen Industrien wieder abfähig zu machen. Jede einzelne Industrie sucht aus ihrer inneren Verflechtung mit dem Markt heraus diesen Weg zu gehen, trotzdem man bereits erkannt hat, daß er für die Gesamtheit der Volkswirtschaft an sich widerprüchlich ist. Man muß beinahe sagen, daß die Liquidation der Krise nur gelingen kann, wenn die Unternehmer als Schlicht in ihren Bemühungen um die Verbesserung des Produktionsaufbaus Erfolg haben, wenn aber auf der anderen Seite ihre Absicht, die Löhne herabzusetzen, fehlschlägt. Denn nur dann können sie ja für die erweiterte Produktion, die in der Rationalisierung liegt, Absatz finden.

Das ist ein Zusammenhang, der leider noch immer im Prinzip verkannt wird. Auch in Deutschland finden ständig notwendige Umstellungen der Betriebe statt, welche eine Erweiterung der Produktion geradezu zur Voraussetzung haben. Diese Umstellungen setzen die Kosten der Produktion herab und würden meistens bei Fortbauer der bestehenden Marktlage einen glatten Absatz der Produkte möglich machen. Wenn aber gleichzeitig die Arbeitslosigkeit um sich greift und die Löhne sinken, so verschlechtert sich ja die Marktlage und auch die verbesserte und verbilligte Produktion kann keinen Absatz finden.

Dieser innere Widerspruch der kapitalistischen Entwicklung auf der einen Seite, der Lohnbewegung auf der anderen Seite, ist für den Aufbau der europäischen Industrie charakteristisch. Er hat sich daher auch immer nur unter heftigen Erschütterungen vollzogen. In der amerikanischen Industrie scheint in höherem Maße als in Europa sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß jeder Versuch zu einer Steigerung in der Leistungsfähigkeit der Industrie verhängnisvoll gleichermaßen wächst, d. h. also die Löhne und Gehälter steigen. Bekanntlich hat ja Henry Ford diesen einfachen theoretischen Gedanken auch im Aufbau seines Unternehmens zum Ausdruck gebracht. Jedemfalls behauptet er, nicht die Praxis der Drofflegung des Lohnniveaus zu befolgen, welche in Deutschland früher das Akkordsystem so verhängt gemacht hat, und eine Duette ständiger Reibereien zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden bildet.

Im Gegensatz dazu hat in Amerika das Lohnniveau immer, schon lange bevor Ford diese These in so zugespitzter Form vertrat, eine ziemlich steil aufsteigende Linie gezeigt. Es war immer die Überzeugung verbreitet, daß der Lebenspielraum der Masse durch Verbesserung der Produktion breiter werden könne und müsse, und es war fest in der Beforgnis vorhanden, daß eine steigende Gehaltshaltung der Arbeiterchaft die Masse unzufrieden, auffällig und schließlich politisch gefährlich machen könne. Freilich war die amerikanische Industrie keineswegs ein Ideal und es gab

immer sehr viel Bohndruck, Schweißarbeit, Ausbeutung der Einmünder, Verfolgung der Organisationen, rücksichtslose Ausnutzung der Konjunkturen seitens der Unternehmer. Aber trotz alledem, trotz der völligen Ohnmacht der sozialistischen Partei und trotzdem die kapitalistischen Unternehmer und ihre Verbände stets auch politisch das Heft in der Hand hatten, hat sich doch verhältnismäßig früh eine breite Masse amerikanischer Arbeiterchaft mit gehobenen Lebensbedingungen herausgebildet und hat einen immer wichtigeren Teil des amerikanischen Marktes gebildet. Die Kaufkraft dieser Arbeiterchaft zu erhalten und zu erweitern wurde bald als wichtiges Interesse der Unternehmerchaft erkannt, und so kann man sagen, daß sich derjenige Teil der nationalen Gesamtproduktion, der auf den Konsum der Arbeiterchaft entfällt, ohne wesentliche Rückschläge erheblich ausgeweitet hat. Dem entspricht auch die amerikanische Auffassung, wonach bei den großen Naturschätzen der Union und in dem weiten, unbegrenzten Raum die Möglichkeit günstigen Verdienstes für jedermann gegeben sein müsse. Auf dem Boden dieser Anschauung hat sich die Auffassung der Interessenolidarität zwischen der Produktion auf der einen Seite und der Arbeiterchaft auf der anderen Seite entwickelt können, welche so deutlich von dem gleichlautenden europäischen Schlagwort absteht. In Amerika glaubt man, daß das Wirtschaftswesen im ganzen nur gedeihen kann, wenn die Löhne hoch sind, in Europa formuliert man diese Interessenolidarität umgekehrt: die Arbeiter mühten sich mit niedrigeren Löhnen zufriedene geben, damit die Industrie gewinnbringend arbeiten und so dauernd Arbeitsgelegenheit bieten könne. Die amerikanische Industrie hat also erkannt, daß Rationalisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit nur eine Seite eines Entwicklungsprozesses sind, in welchem der Massenkonsum rasch wächst, während man in Europa vielfach noch in privatwirtschaftlichen Vorstellungen befangen, niedrige Löhne als Voraussetzung einer günstigen Geschäftslage ansieht. In Europa ist die Idee entstanden, daß der Lohn eine Belastung der Industrie sei, daß die Sozialpolitik die Konkurrenzfähigkeit herabsetze. Diese Deutweise bildet geradezu einen Himmelsstich für die Entfaltung der Wirtschaft, weil sie die rechtzeitige Erweiterung des Marktes immer wieder verzögert, weil sie keine großzügige Ausgestaltung der Produktion ermöglicht, und weil sie die ohnehins genügend vorhandenen Reibungsflächen im Wirtschaftswesen verbreitert. Nicht mit Unrecht hat ein englischer Schriftsteller diese Argumentation, welche sich auch in England häufig findet, dahin zugespitzt, daß die Industrie Schutz verlange gegenüber Produkten, die unter niedrigen Löhnen erzeugt werden, in demselben Atem aber Schutz verlange gegen Produkte, wie z. B. die Automobile von Ford, die unter besonders hohen Löhnen erzeugt werden. Eine grundsätzliche Ueberlegung muß also zeigen, daß den niedrigen Löhnen eine wenig zweckmäßige, langsame Produktionsmethode entspricht, während der rationalisierten, schnellen, typisierten Produktion hohe Löhne korrespondieren müssen. Gewiß würde auch die Durchsetzung dieses Gedankens weder das ökonomische Problem lösen noch die sozialen Gegenstände aus der Welt schaffen und die kapitalistische Produktionsweise befriedigend gestalten. Vor allem liegt ja auf der Bahn einer solchen Entwicklung die Verfristung, welche immer den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ins Politische überträgt, welche außerdem notwendig zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und damit zur Weckung aller unabhängigen Gegenständen führen muß. Auch eine kapitalistische Wirtschaft mit hohen Löhnen würde darum das soziale Problem und die Frage, wie der Aufbau der Wirtschaft richtig gestaltet sein soll, nicht lösen, aber eine richtige Auffassung über die Bedeutung des Lohnes und seiner Entwicklung für die Volkswirtschaft würde den gewerkschaftlichen Kampf in eine etwas reinere Atmosphäre führen und viel überflüssige wirtschaftliche Verluste in dieser notwendigen Auseinandersetzung ersparen.

Gewerkschaften und Kartelle.

Der Reichsverband der deutschen Industrie veranstaltete am 27. November im ehemaligen Herrenhaus in Berlin einen Kartelltag. Man hatte den bei besonderen Umständen üblichen Apparat aufgegeben, um der Veranstaltung, dem Protest gegen alle kartellfeindlichen Maßnahmen, nach außen hin die nötige Würde zu geben. Der Textilmann Vorachm Growein aus Eberfeld, der sich augenblicklich stark mit neuen Fusionsmaßnahmen trügt, eröffnete den Reichstag mit einer Begrüßungsansprache und einem warmen Appell für die Kartelle. Ihm folgten dann als Redner u. a. Professor Dr. Bersch, Rechtsanwalt Dr. Fran und Baurat Dr. Ing. Riepert, die im einzelnen haarfürlich nachwies, welche wichtige Aufgabe die Kartelle heute in unserer Wirtschaft haben. Natürlich durfte auch Dr. Reichert vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustriellen nicht fehlen, der gebührend den bekannten Autommann Geheimrat Opel von den Rüstschelmer Worten an den Pranger stellte. Dieser

hatte nämlich den fehlerhaften Mut befehlen, den Kartelltag seiner Berufsgenossen mit einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ zu begründen, in dem er, unter Hinweis auf die Autoindustrie, die verteuerte Wirkung der Kartelle betonte. Dr. Reichert fand mit seinen Ausführungen über den ungeratenen Sohn der deutschen Industrie allezeitigen Beifall der Verammlichungsbekämpfer, die ohne Zweifel durch Opeta Darlegungen im „Berliner Tageblatt“ in ihren „bestigsten Gefühlen“ aufs tiefste verletzt waren.

Am Verlauf der ganzen Tagung entdecken dann die verschiedenen Diskussionsredner (sowie Gutes und Vorzügliches an den Kartellen, daß dem unangenehmen Zuhörer erst so recht klar wurde, welcher Unfug die zunehmende Kartellierung in Deutschland eigentlich ist, und daß es wohl für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Verbraucherschaft besser wäre, wenn auf dem Gebiet der Kartelle endlich mal eine Lockerung und eine Rückentwicklung einträte. Die zum Ueberflus wiederholte Meinung, daß man Kartelle nicht aufheben könne, in allen Ehren — zweckmäßig wäre es aber schon, wenn viele unserer deutschen Kartelle besonders im Lebensmittelhandel, verschwinden. Seien wir uns doch darüber klar: Die Wegnahme der Kartelle dient heute einzig und allein zur Aufrechterhaltung überlegter Preise: Sie sind das benötigte Mittel einer Kapitalneubildungspolitik, die zum Schaden der Wirtschaft ausgliedern muß. Verminderter Warenumsatz im Lande, verminderter Export, abnehmende Arbeitsgelegenheit und zunehmende Arbeitslosigkeit, das sind die Folgen, die allgemeine Auffassung stehend, daß die Kartellpolitik von heute, zu der sich der Kartelltag des Reichsverbandes bekannte, Kartellunfug ist.

Wenn sich der Profest des Kartelltages am 27. November vor allen Dingen gegen die Antikartellmaßnahmen der Regierung richtete, so hat die deutsche Arbeiterschaft, die ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft ist, ein moralisches Recht, zu betonen, daß diese Maßnahmen der Regierung bis jetzt viel zu unangenehm waren und daß unbedingt, eben im Interesse der Wirtschaft, Mittel und Wege gefunden werden müssen, um baldmöglichst mit den größten Kartellauswüchsen aufzuräumen.

Für die deutschen Arbeiter ist es von Bedeutung, daß im Rahmen der Verhandlungen des Kartelltages des östern Kartelle und die Gewerkschaften in Beziehung gebracht wurden. Es war der temperamentvolle Vertreter der Autoindustrie, Herr Weber, der sich darüber betagte, daß viele Industrien, die im Gefolge langjähriger Aufträge seien, es sich immer wieder leisten lassen müssen, wenn durch Lohnforderungen der Arbeiterschaft, die den Aufträgen zugrunde liegende Kalkulation über den Haufen geworfen wird. Darüber hinaus wurde, allerdings mehr in privaten Gesprächen, betont, daß, wenn die Arbeiter sich zwecks Durchsetzung von Lohnforderungen zusammenschließen dürfen, man dem Unternehmer nicht das Koalitionsrecht, um seine Preise durchzusetzen, verweigern könne. Wer nicht weiß, wie in Deutschland eigentlich Wirtschaftspolitik gemacht wird, könnte angesichts solcher Weisungen auf den Gedanken kommen, die deutschen Unternehmer zitterten jetzt um ihr Koalitionsrecht. Aber aber Bescheid weiß, der lächelt über diese Sanktionen; darüber hinaus dürfte zur Beurteilung der neuesten Argumentation der deutschen Unternehmer folgendes wichtig sein: Es ist doch wirklich nicht die Schuld der deutschen Arbeiterschaft, wenn bei uns das Arbeitsrecht so wenig entwickelt ist, daß sich der Streik, also der Boykott und die Lieferperre in der Kartellpraxis noch nicht erübrigt. Dem Streikrecht des Arbeiters steht auch das Ausperrungsrecht des Arbeitgebers gegenüber. Weiter besteht doch auch wohl ein Lieferperre in dem Kartell zum Beispiel die Lieferperre unter Selbststrafen verhängt, weil der Arbeitnehmer den Preis oder die Kondition, die Lieferungsbedingung, nicht anerkennen will oder wenn eine Gewerkschaft einen Schiedsspruch für verbindlich erklären läßt. Im ersten Falle wird der Preis und die Kondition meistens, und zwar immer sehr willfürlich, diktiert. Im zweiten Falle handelt es sich um das Ergebnis und die Folge unparteilicher Schiedssprüche, die, selbst wenn sie einmal günstiger ausfallen, der Notlage der Arbeiterschaft kaum annähernd Rechnung tragen. Wäre das mehr der Fall, so brauchte sich Herr Weber aus der Autoindustrie wohl nicht zu beklagen, daß ihm keine Kalkulationen durch die Lohnforderungen der Gewerkschaften über den Haufen geworfen werden.

Der Öffentlichkeit jedenfalls ist es klar, daß es ein verschiedenes Ding ist, ob die Arbeiterschaft einen angemessenen Lohn durch Streik, oder Produzenten und

Händler einen unangenehmen Preis durch Boykott und private Klassenjustiz durchsetzen.

Auf den ersten Blick wird es scheinen, als ob es sich bei den Hinweisen auf Kartelle und Gewerkschaften auf dem deutschen Kartelltag um atabemische Erörterungen handelte. Das ist nicht der Fall und wir können vor einer solchen Auffassung nur warnen. Bekanntlich arbeitet der Reichsverband der deutschen Industrie (seit Monaten an einem „Wirtschaftsprogramm der deutschen Industrie“, das Mitte Dezember veröffentlicht werden soll. Jedenfalls haben die Gewerkschaften mit einigen Ueberraschungen zu rechnen, da der Kartelltag unserer Auffassung nach nur eine Vorbereitung der Öffentlichkeit auf diese Ueberraschungen war. Bis jetzt sind Einzelheiten des neuen Wirtschaftsprogrammes noch nicht bekannt; jedoch ist es notwendig, daß das Unternehmertum die Arbeiterschaft zur Abwehr gerüstet findet.

Die Frau in der Betriebsvertretung.

II.

In den meisten Berichten wird betont, daß sich die Frau in der Betriebsvertretung mit besonderen Aufgaben nicht befähigt, sich aber in der Regel mit Interesse und Erfolg den allgemeinen Aufgaben gewidmet hat und ihnen auch gewachsen war. Hienzu berichtet, daß die Frauen, wenn sie im Betriebsrat überwiegen, die Interessen und Anliegen der Arbeiterinnen nicht weniger geschickt und erfolgreich vertreten haben, als die Männer, und auch in bedenklichen Lagen, wie Streiks und Ausperrungen und mit sich brachten, das Für und Wider sachlich erwogen und einer Zuspitzung der Verhältnisse unter Behauptung ihrer Stellung vorgebeugt haben.

Der Magdeburger Bericht teilt sehr gute Leistungen der weiblichen Betriebsräte mit, die zur Nachbesserung anspornen sollten. Es heißt darin: „Soweit jedoch von Arbeiterinnen ein Amt in der Betriebsvertretung übernommen war, haben sie die ihnen obliegenden Aufgaben und Pflichten durchwegs erfüllt. Sie haben oft wertvolle Anregungen manderlei Art gegeben, wie zur Schaffung von Aufsenbalken, zur Verlängerung der Mittagspausen, Einrichtung von Sitzgelegenheiten bei der Arbeit u. a. m. In einer Seidfabrik wurde auf Vorschlag des weiblichen Betriebsratsmitgliedes für die an der Stoffmaschine mit besonders stäubenden Arbeiten beschäftigten Arbeiterinnen der Arbeitslohn ohne Lohnkürzung um 10 Minuten früher gelegt, damit ausreichend Zeit zum ruhigen Waschen zur Verfügung stand. In einer Spinnerei machten die weiblichen Betriebsratsmitglieder die Betriebsleitung auf das unbillige Verhalten eines Meisters gegenüber Arbeiterinnen gegenüber frühzeitig aufmerksam; der Meister wurde fruchtlos entlassen. Dasselben Frauen arbeitete darauf, daß die Verarbeitung ungeeigneter Materialien zusammengelegt werden würde; so spürten sie die Vorkarbeitsleistungen vor Verdienstausschlag und förderten gleichzeitig die Betriebsinteressen. Besonders gewissenhaft und reger war der nur aus weiblichen Mitarbeiterinnen bestehende Betriebsrat eines Warenhauses in Halberstadt, der sich mit den verschiedensten Fragen, wie gemeinsame Lebensmittelbeschaffung, Wareneinträge der Angestellten im eigenen Geschäft, Zuspätkommen, Strafen, Entlassungen, Behilfsausbildung, Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb des Geschäftes usw. in gewandter und erfolgreicher Weise befaßte, allerdings unter einflussreicher Mitwirkung des Arbeitgebers.“

Auch in anderen Bezirken haben die weiblichen Betriebsräte ihre besondere Aufmerksamkeit dem Arbeiterinnen, Schwangeren und Wöchnerinnen zuzuwenden sowie der Betriebshygiene gewidmet. Sie sorgten für Reinigung der Wochstabsanlagen, Abortanlagen usw., ferner haben sie auf die Schaffung neuer und die Benutzung bestehender Wohlfahrtsanstalten hingewirkt und die Arbeiterinnen zur Benutzung der Schutzeinrichtungen im Betriebe angehalten. Den fängeren Arbeiterinnen gegenüber haben sie auf Anstand, Ehre, Ordnung, Pünktlichkeit und Sauberkeit geachtet. Wiederholt wird in den Berichten hervorgehoben, daß die weiblichen Betriebsräte Diebstähle bekämpfen und unredliche Mitarbeiterinnen nachsichtlich zur Anzeige brachten. Im Gleisler Bezirk hat eine weibliche Betriebsvertretung die Erträgnisse einer Vermögensaufnahme mit Rücksicht auf die Not der Zeit mahligen Zwecken zugeführt. Für Wohlfahrtspflege zeigten die Frauen in der Betriebsvertretung besonderes Verständnis, so indem sie für die Pflege und Unter-

haltung bedürftiger Wöchnerinnen und Kranker sorgten und die Uebernahme von Nachtschichten durch Mitarbeiterinnen veranlaßten. In einer Gummiwarenfabrik im Bezirk Glahe nahm die dem Betriebsrat angehörende Frau sich der mit Geschlechtskrankheiten und Ungeziefer behafteten Mitarbeiterinnen besonders an und sorgte für ihre ärztliche Behandlung und für Ueberholung von den anderen Arbeiterinnen.

Doch (sicher auch Frauen in der Betriebsvertretung durch ihren Widerstand gegen die Einschaltung ausreichender Pausen während der Arbeitszeit nicht immer genügend Rücksicht auf die Erholungsbedürftigkeit der Arbeiterinnen nehmen, ist sehr beachtlich; sie gefährden dadurch ihre eigene Gesundheit und die ihrer Mitarbeiterinnen.

In Minden sind in einem Falle Stillpausen durch Verlängerung der Mittagspause erreicht worden. In einer Lumpenortieranstalt des gleichen Bezirks erreichte es ein weibliches Betriebsratsmitglied mit Unterstützung der Betriebsleitung, daß das Zerlegen der Wäsche auf den Lumpenballen aufgegeben worden ist und die Wäscheballen statt dessen im Sperrraum eingemagert werden. Dieses Betriebsratsmitglied hat durch sein tatkräftiges Vorgehen unter den Anfeindungen der Mitarbeiterinnen sehr zu leisten gehabt.

Als besonderer Fall wird aus Münster berichtet, daß in einem Betriebe die einzige Vertreterin der weiblichen Belegschaft ihr Amt wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Organisation niederlegte.

Als Hauptaufgabe haben die Frauen ebenso wie die Männer im Betriebsrat ihre Beteiligung an der Regelung von Lohnfragen betrachtet, sich auch mit der Frage der Arbeitszeit und Arbeitseinteilung beschäftigt, ferner zu Entlassungen Stellung genommen, wobei sie für die Weiterbeschäftigung der wirtschaftlich Schwächsten eingetreten sind.

Arnsberg erwähnt besonders, daß es in zwei großen Kaufhäusern, in denen die männlichen Betriebsratsmitglieder in Abwesenheit der Betriebsleitung von den Franzosen verhaftet worden waren, den weiblichen Mitarbeiterinnen gelungen ist, die Freilassung ihrer Kollegen zu erwirken. Vereinzelt hält man die weiblichen Angestellten wegen ihrer besseren Vorbildung und größeren geschäftlichen Gewandtheit eher zur Wahrnehmung ihrer Interessen geeignet als die gewöhnlichen Arbeiterinnen.

Die weniger günstigen Urteile über die Betätigung der Frau in der Betriebsvertretung dürfen nicht überhört werden. Wiederholt wird zum Ausdruck gebracht, daß weibliche Betriebsräte nur ein Scheinbild führten, an den Sitzungen überhaupt nicht teilnahmen oder nur, wenn persönliche Angelegenheiten zur Beratung standen, daß ferner Verhandlungen in Sitzungsangelegenheiten mit ihnen kaum möglich waren, weil sie sich bei den Erörterungen außerordentlich unbeholfen zeigten. Die Erfahrungen in dem Düsseldorf-Bericht sind am unerschütterlichsten; es wird berichtet: „Von verhältnismäßig nicht häufigen Ausnahmen abgesehen, bringen die Frauen den Betriebsangelegenheiten wenig Anteilnahme entgegen; demgemäß haben sie sich auch nur in bescheidenem Maße besonderen Aufgaben gewidmet, und nur selten haben sie wertvolle Arbeit geleistet. Bei Beurteilung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Fragen verhalten sie regelmäßig: Vorbildungsbestrebungen auf dem Gebiete der Haushalts- und Handarbeiterschulung lagen ihnen fern. Gewerkschaftsvertreter haben angegeben, daß die Teilnahme von Frauen an Unterrichts- und Erörterungsabenden, die hauptsächlich zur Einführung in die Bestimmungen des Betriebsgesetzes und zur Belehrung über die Aufgaben der Betriebsräte eingerichtet waren, den Erwarungen nicht entsprach. Selbst der den weiblichen Vertretern übertragenen Fürsorge für die Instandhaltung der Außenanlagen, Balch, und Umkleekabinen und der Aborte waren sie kaum gemacht; gerade weibliche Vertreter waren für ihre Mitarbeiterinnen häufig kein gutes Beispiel. Der Aufgabe, den Arbeitgeber in der Durchführung der Betriebsgesetze (§ 6 Abs. 1 und 2 des Betriebsgesetzes) zu unterstützen, haben sich die Frauen gleich den Männern entzogen. Interesse war in Lohnfragen wahrzunehmen; die Arbeitszeitfrage wurde in der Hauptsache unter dem Gesichtswinkel der Verdienstausschlagung betrachtet.“

Die Anfeindungen der Arbeitgeber über die Bemühung der Frau im Betriebsrat sind sehr verschieden. Ein Teil von ihnen läßt den weiblichen Betriebsräten uneingeschränkt das für ihre ruhige, sachliche Arbeit und Tüchtigkeit zuzuführen, während andere der Frau die Fähigkeit und den guten Willen zu sachlicher Verhandlung abprechen; aus dem

Metallovergiftungen im Gewerbeleben.

Von Dr. Georg Wolff.

(I. Fortsetzung.)

In welcher Weise machen sich nun die Symptome dieser verbreiteten Gewerbekrankheit bemerkbar? Zunächst müssen wir vornehmen, daß auch hier die Veranlagung sehr verschieden ist. Manche Individuen erkranken schon nach Wochen, andere bekommen erst nach Jahren Vergiftungserscheinungen, viele werden überhaupt von Blei nicht wesentlich in Mitleidenschaft gezogen. Im allgemeinen sind am meisten der Erkrankung die Menschen ausgelegt, deren Widerstandskraft bereits durch andere Schädigungen herabgesetzt ist.

Im wesentlichen erstreckt sich die Bleiwirkung auf den Darmtrakt und das Zentralnervensystem. Am meisten machen sich die schädigenden Einflüsse auf den Darm in Form der bekannten Bleikolik, auf das Zentralnervensystem in Form mannigfacher Lähmungen und mit Krämpfen einhergehender Gehirnleiden bemerkbar. Zu diesen Hauptsymptomen kommen dann noch anfallsweise auftretende rezidivierende Gelenkschmerzen. Charakteristisch für die Blei Vergiftung ist ihr vollkommen regelloser Verlauf. Nach einer Periode der Gesundheit kann plötzlich, ohne daß eine Ursache vorhanden ist, das Gift von neuem seine Wirksamkeit entfalten, einen heftigen Anfall einer Bleikolik oder ein anderes Symptom hervorruft. Wir können das nur so erklären, daß das Gift, das seit langem eingestapelt an einer Stelle des Körpers lag, plötzlich wieder in den Kreislauf gelangt und infolgedessen die neuen Anfälle auslöst. Die Ursache dieser Gewerbekrankheit besteht gerade darin, daß man sich gegen sie schwer schützen kann, wenn sie erst einmal zum Ausbruch gekommen ist.

In vielen Fällen, aber längst nicht in allen, kann die mitropologische Blutuntersuchung Aufschluß geben, da die Blei Vergiftung zu schwerer Blutarmut und charakteristischer-

Veränderungen der roten Blutkörperchen führt. Ein Teil der Blutkörperchen zeigt dann eine auffallende Körnelung, die bei Färbung mit basischen Anilinfarben noch deutlicher hervortritt und als „basophile Körnelung“ bezeichnet wird. Diese Veränderung des Blutes kommt zwar auch gelegentlich bei anderen schweren Blutkrankungen vor, kann aber doch, zusammen mit den anderen Symptomen, schnell den richtigen Weg weisen. Daher wird dieser Blutveränderung von den Gewerbehygienikern heute zur Erkennung der chronischen Blei Vergiftung großer Wert beigelegt.

Die Blei Vergiftung beginnt zunächst mit unbestimmten Allgemeinerkrankungen, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Abmagerung; bei Frauen stellen sich häufig Unregelmäßigkeiten der monatlichen Blutungen ein. Es soll auch bei ihnen häufiger als bei anderen zu Abort, zur Früh- und Fehlgeburt kommen. Ein sehr charakteristisches und für die Diagnose hochwichtiges Frühstadium ist der sog. Bleisaum, eine schmerzlose Verhärtung des Zahnhalses, die von einer Ausdehnung des Metalls im Speichel der Mundhöhle herrührt. Mikroskopisch kleine Körnchen von Schwefelblei verursachen die schwarze Färbung dieses Saumes. Da der Bleisaum den Beginn der Krankheit anzeigt und bei einer ausgeprochenen Vergiftung kaum zu sehen pflegt, ist seine Beobachtung von großer Bedeutung. Wenn um diese Zeit jede Beschäftigung mit dem Metall aufgegeben wird, kann die Erkrankung noch einen günstigen Verlauf nehmen; bleibt das Warnungssignal aber unbeachtet, kommt es meist zu den viel schwereren Folgeerscheinungen. Zunächst zur Bleikolik, einem mit heftigen Schmerzen einhergehenden, anfallsweise auftretenden Darmkrampf. Die große Schmerzhaftigkeit dieser Krämpfe, die von anfallsweise auftretenden Erbrechen sind, führt den Patienten zuerst zum Arzt. Nicht immer läßt sich die Krankheit denn noch heilen; jedoch gelingt mit Ausschaltung des Bleies aus dem Berufsleben des Erkrankten die Heilung in vielen Fällen. Man glaubt heute, daß der Darmkrampf durch eine Reizung der Nerven-

zellen des Darms hervorgerufen wird, daß also auch die Kolik nervösen Ursprungs ist.

Sehr unangenehm sind die heftigen, rezidivierenden Gelenkschmerzen, die nicht selten im Gefolge einer Blei Vergiftung, ebenfalls anfallsweise, auftreten und mit echten Gichtanfällen große Ähnlichkeit haben. Zu den Symptomen, die erst verhältnismäßig spät erscheinen, gehören die Nervenlähmungen. Sie treten in der Regel zuerst den Unterarm, gehen dann auf Oberarm und Schulter über, während die unteren Gliedmaßen leiteter befallen werden. Die Lähmungen gehören zu den schlimmsten Erscheinungen der Blei Vergiftung; sie sind nicht wieder gutzumachen, da die betroffenen Nerven unter dem Einfluß des heimlichen Giftes Metalls degenerieren. Während die einen meinen, daß die Ursache der Lähmungen in einer Schädigung des Gehirns selbst bzw. der zu den betreffenden Nerven gehörenden Hirnzentren liegt, führen andere die Lähmungen auf eine Schädigung der peripheren Nerven zurück. Praktische Bedeutung hat diese Streitfrage kaum. Die Lähmungen, die zumeist noch im Laufe der Zeit zunehmen, steigend auch andere Organe ergreifend, machen den davon betroffenen Menschen jedenfalls erwerbsunfähig. Noch viele andere nervöse Symptome können die chronische Blei Vergiftung begleiten. Sie kann wirkliche Geisteskrankheiten zur Folge haben, indem sie eine allgemeine Schädigung der grauen Hirnsubstanz des Gehirns hervorruft, die kein epileptisches Anfalls auslöst, die ebenfalls auf eine Reizung bestimmter Hirngebiete zurückzuführen sind, in seltenen Fällen Degenerationen im Gebiete der Gehirnnerven bewirkt, die zur Blindheit führen. Alles das sind Erkrankungen nervöser Organe. Man muß also eine ganz besondere Beziehung zwischen dem Blei und dem Substanz, die unsere Nerven zusammensetzt, annehmen. Es zeigt sich auch im Tierexperiment, daß Blei, sobald es in den allgemeinen Kreislauf getommen ist, in erster Linie das Nervensystem schädigt. Von anderen Organen wird durch das Blei auch die Substanz der Nieren angegriffen; es liegt

lehterem Grunde soll der Umgang mit weiblichen Betriebs-
ratsmitgliedern schwerer als der mit männlichen sein.
Auch soll es der Frau meist schwer fallen, sich in der Beleg-
schaft durchzusetzen.

Die Stellung der Frau im Betriebsrat ist dem Arbeit-
geber gegenüber durchweg gut, weil nach den Berichten die
Frau nicht mit der Schärfe, die sich die Männer zuweilen
angewöhnt haben, ihre Forderungen vertritt und auch der
Arbeitgeber ihr gegenüber nicht so leicht in den sonst manch-
mal rauen Betriebsrat verfällt. Allerdings soll die Frau
dem Arbeitgeber gegenüber nachgiebiger zeigen als der
Mann.

Internationale-Soziale Bewegung.

Streiks und Lohnkämpfe.

Am September waren einige gewerkschaftliche Groß-
kämpfe ausgebrochen, die namentlich teilweise beendet
worden sind. Zwar ist in Australien der Streik der Seesleute
noch nicht zum Abschluss gekommen, und auch der Streik in
den Baumwollspinnereien von Bombay nimmt noch
seinen Fortgang. Jedoch wurde der große Arbeitskonflikt,
von dem 20 000 Arbeiter der nordböhmischen Textilindustrie
betroffen wurden, beigelegt; in dem bestehende sechs-
prozentige Lohnerhöhung auf neun Prozent — statt wie
gefordert auf 15 Proz. — erhöht wurde und die Wieder-
einstellung sämtlicher Arbeiter, ferner die Gewährung von
vier Urlaubstagen im nächsten Jahr zugesichert wurde. Be-
endet wurde auch der Streik der Arbeiter im amerikanischen
Braunkohlenbergbau, wo eine Erhöhung der Löhne um
5 Proz. — die Forderung der Arbeiter belief sich auf
10 Prozent — erzielt wurde. Dagegen geht der Streik im
Anthraxgebiet der Vereinigten Staaten noch weiter. Die
Depression im Bergbau führte auch in anderen Ländern
zu Lohnkonflikten: In dem spanischen Bergbaugbiet von
Mieres streikten 5000 Arbeiter, in Kärnten an die tausend
Arbeiter. Im belgischen Bergbau schwebt ein Konflikt, da
die Unternehmer die Verlängerung der 46-Stunden-Woche
fordern. Vermieden wurden Arbeitskämpfe im französischen
Bergbau, wo die Arbeiter eine Kürzung ihrer Leis-
tungszulagen abwehren konnten, und im belgischen Berg-
bau, wo eine fünfprozentige Lohnerhöhung zugestanden
wurde. In der belgischen Metallindustrie jedoch (im Westen
von Charleroi) befinden sich etwa ein Drittel der Arbeiter
im Ausland, um Erhöhung ihrer Löhne zu erreichen.
Lebrigs ist man neuerdings in Teilen der belgischen
Metallindustrie zum System des Gleitlohnes auf Inzuba-
baus übergegangen. In Schweden wurden größere
Arbeitskämpfe verhindert durch die Verlängerung der
Arbeitsverträge für wichtige Industrien von Oktober an
auf ein Jahr. Im Seargebiet hat die Frankentwertung
zu Lohnerhöhungsforderungen Anlaß gegeben. Diese führten
in den Glasbüten zu einer 10prozentigen Lohnsteigerung,
jedoch wurden sie im Baugewerbe mit einer allgemeinen
Aussperrung von mehr als 6000 laarländischen Bau-
arbeitern beantwortet. Im Metallgewerbe wird noch ver-
handelt. In Österreich sind wiederum eine große Anzahl
von Arbeitskonflikten zu verzeichnen. In vierstägigem
Streik von über 4000 Bäckereiarbeitern wurde eine fünf-
prozentige Lohnerhöhung erzielt. Von den zahlreichen
Arbeitskämpfen in der österreichischen Metallindustrie
ist vor allem hervorzuheben, daß der Streik bei der
St. Eggbier Eisen- und Stahlindustrie durch eine
10prozentige Lohnerhöhung abgesehen wurde. In Öster-
reichs größter Automobilfabrik in Steyr waren Anfang Ok-
tober 4000 Arbeiter ausgeperrt worden. Es müssen jedoch
angeführt werden die Kämpfe der Wirtschaft und der Auto-
industrie im besonderen die Forderungen auf Lohn-
erhöhung bis zum Sommer verfochten werden. Die Ver-
handlungen der österreichischen Regierung mit den Bundes-
angestellten haben in letzter Stunde vor Ausbruch eines
Streiks zur Einigung geführt. In der getroffenen Verein-
barung gewährt die Regierung eine einmalige, Anfang
Januar zahlbare Kostensunterstützung von 28 Proz. des
Monatsgehals und liefert weitere Zulagen zu für den Fall,
daß sie sich auf dem Kreditweg die nötigen Mittel beschaffen
kann.

In einer Anzahl von Ländern ist ein, wenn auch teil-
weise nur geringes Sinken der

Lebenshaltungskosten
zu bemerken, dessen Ursache vor allem eine durch die Ernte
bedingte Nahrungsmittelverbilligung ist. So zeigte be-
sonders Holland und Norwegen, ferner Finnland, Polen,

die Tschechoslowakei, Ungarn, Österreich, Deutschland, auch
Spanien niedrigere Indizes für die Lebenshaltung.
Keine Veränderung weisen in dieser Beziehung die Schweiz
und die Vereinigten Staaten auf, Steigerungen wurden in
Frankreich, Italien, Luxemburg, Schweden und Kanada
verzeichnet.

Arbeitsmärkte

Der meisten Länder zeigen folgende Arbeitslosenziffern: Die
polnische Wirtschaftslage hat die Arbeitslosigkeit in er-
schreckendem Ausmaß vergrößert. Ende Oktober zählte man
etwa 210 000 erwerbslose Unterhaltungsempfänger, außer-
dem mehr als 100 000 saisonale Angestellte; auf Ober-
schleichen entfielen 80 000 Arbeitslose. Viele, auch viele
qualifizierte Arbeitskräfte wandern aus. Auch in Öster-
reich hat die sich verschlechternde Arbeitsmarktlage, auch die
Arbeitslosigkeit infolge von Ausperrungen (Gleisr) zu ver-
mehrter Auswanderung Anlaß gegeben. Mitte Oktober wies
Österreich 117 000 Erwerbslose auf, in der Tschechoslo-
wakei sind vor allem viele Bergarbeiter stellenlos. In der
Schweiz hat außer dem saisonmäßigen Beschäftigungsgang
besonders die Krise einzelner Teile der Textilindustrie zur
Steigerung der Arbeitslosenziffer beigetragen. Der Sep-
tember zeigte eine Steigerung von 5 Proz. auf über 10 000
Arbeitslose. Die große Arbeitslosigkeit in Norwegen, wo
man im Oktober 25 000 Arbeitslose, d. h. doppelt so viel als
im Oktober 1924 zählte, ist vor allem eine Auswirkung der
Deflation. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit wiesen
auch Deutschland und Finnland auf, dagegen blieben die
Verhältnisse ziemlich unverändert in Dänemark und
Holland. Eine Abnahme (um 106 000) zeigte im Oktober
die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien. Zur Be-
stimmung der Arbeitslosigkeit soll in Österreich lehr das
Fehlen der Nach- und Umschlung von Arbeitern aus-
gespart werden. In der Schweiz wurde beschlossen, zur
Unterstützung der ländlichen Heimarbeit in der Selbst-
handweberei eine Kräfteklasse zu errichten. In Frankreich
wurde der Kammer der Entzunft eines Gesetzes zum Schutze
des heimischen Arbeitsmarktes vorgelegt; vor allem sind
der Arbeitsmarkt für landwirtschaftliche Arbeiter darin Be-
rücksichtigung.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik

Ist die Verwirklichung eines neuen Gesetzgebungs-
wählenswert über die obligatorische Sozialversicherung in
Frankreich. In der Schweiz soll am 6. Dezember durch
einen Volksentscheid ein Ja oder Nein gesprochen werden
zur Abänderung der Bundesverfassung, welche nötig ist für
einen weiteren Ausbau der Sozialversicherung. In Belgien
wurde im Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher
die bedingungslose Ratifikation des Washingtoner Arbeits-
zeitabkommens vorsieht. In Holland ist dieses Abkommen
schon formell unterzeichnet worden. Seine Bestimmungen
treten jedoch nur unter der Bedingung in Kraft, daß die
drei bedeutendsten Industriezweige ebenfalls das Ab-
kommen annehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Der verschiedenen Länder ist vor allem zu erwähnen, daß in
England Verhandlungen im Gange sind, welche die Er-
richtung eines großen gewerkschaftlichen Einheitsverbandes
zum Ziele haben. Es handelt sich um den Zusammenschluß
der sechs größten Gewerkschaften, welche Arbeiter des Berg-
baus, der Transportgewerbe, der Schwerindustrie und der
Kraftzeugungsindustrie, insgesamt etwa 4 Millionen
Arbeiter, umfassen. Eine Vereinhaltung der Gewerks-
chaftsbewegung ist auch in Jugoslawien zustande gekommen,
wo die beiden Landeszentralen zusammengeschlossen wurden.
Die neue Einheitsorganisation, der Vereinigte Gewerks-
chaftsverband Jugoslawiens wird dem IWB angeschlossen
sein. In Italien ist die Freigewerkschaftsbewegung weiteren
Bedrückungen ausgesetzt. Zwar dürfen die freien Gewerks-
schaften noch fortbestehen, während die sozialistische Partei
aufgehört ist, jedoch sind zur Vertretung der Arbeiterinter-
essen nur die faschistischen Gewerkschaften berechtigt. Streik
und Ausperrung sind bei hohen Haft- und Geldstrafen ver-
boten in allen den Fällen, wo ein Schiedsspruch vorliegt.
In öffentlichen Betrieben sind Streiks und Ausperrungen
überhaupt verboten. Ein neuer Gewaltakt des Faschismus
gegen die nicht faschistischen Gewerkschaften ist es, daß jetzt
sämtliche Arbeiter gezwungen werden, einen Beitrag an die
faschistischen Gewerkschaften abzuführen. Auf dem Parteitag
der österreichischen Sozialdemokratie wurde protestiert

gegen die Verschleppung der Einführung der Alters- und
Invalidenversicherung und gegen die Aufhebung des öffent-
lichen Verfügungsrechts über frei werdende Wohnungen, die
dem Abbau des Mieterschubes Vorwurf leisten würde.
Ferner wurde die Einbeziehung der landwirtschaftlichen
Arbeiter in die allgemeine Sozialversicherung gefordert. Auf
dem Weltkongress der Diamantenarbeiter wurde beschlossen,
die Vierzigstundenswoche als Grundlag aufzustellen, um die
nötigen Produktionsbeschränkungen einheitlich durchzu-
führen. Außerdem wurde die Abschaffung der Arbeitsarbeit
befürwortet und die Ueberzahl von Gefangenen in dem Be-
zug zur Sprache gebracht. Der Kongress der internationalen
Holzarbeiterunion beschloß, die Aufnahme der russischen
Holzarbeitergewerkschaften einstweilen zurückzustellen.
E. Z.

Warnung vor Zuzug nach Hamburg.

In letzter Zeit ist wiederholt die Wahrnehmung ge-
macht worden, daß beschäftigungslose Arbeiter oder Berufe,
vermutlich aus kleineren und mittleren Orten nach Ham-
burg zuziehen, in der Hoffnung, dort Beschäftigung zu
finden.

Nach bisher gemachten Feststellungen werden im
Binnenlande phantastische Angaben über Beschäftigungs-
möglichkeiten in Hamburger Hafen und in der deutschen See-
schifffahrt verbreitet. Nur ganz gewissenlose Personen
können dadurch Erwerbslose des Binnenlandes veranlassen,
nach Hamburg zuzuziehen. Im groß-hamburgischen Wirt-
schaftsgebiet sind rund 40 000 bodenständige Arbeitnehmer
beschäftigungslos. An den Feuerstellen der nördlichen Wasser-
straße sind etwa 18 000 Seeleute oder Charnen als erwerbs-
los angezeigt. Das Baugewerbe im groß-hamburgischen
Wirtschaftsgebiet hat eine außergewöhnlich hohe Zahl von
Erwerbslosen. Die Beschäftigungsmöglichkeit in der Ham-
burger Werftindustrie ist selbst für bodenständige erfahrene
Werftarbeiter gleich null.

Taufende von taufmännischen und technischen Ange-
stellten, insbesondere Bank- und Versicherungsangestellte,
beiderlei Geschlechts, sind seit Wochen und Monaten ohne
Beschäftigung.

Die deutsche Wirtschaftskrise lastet auf Hamburgs
Handel, Gewerbe und Industrie so schwer, daß die Gewerks-
schaften aller Berufe und aller Richtungen vor Zuzug von
Arbeitskräften aus dem Binnenlande aufs nachdrücklichste
warnen müssen.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Die letzte Berliner Mitteldeputations-
berufung hat einen Vortrag des Genossen Hecker über
„die heutigen Aufgaben der Gewerkschaften“. Der Vor-
tragende führte aus, daß, wenn auch heute noch die Regie-
rung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Hauptaufgabe
der Gewerkschaften bildet, durch die wirtschaftspolitische Um-
wälzung den Gewerkschaften neue Aufgaben erwachsen sind:
so auf den Gebieten der Sozialpolitik und des Arbeits-
rechtes. Die Veränderung des Gesellschaftsrechts erfordert
auch eine Umwälzung der Gewerkschaftspolitik. Die Arbeiter-
schaft darf keine Rücksicht nehmen auf die Argumente der Unter-
nehmer, welche der Krise durch vermehrte Ausbeutung,
Schutzzölle, Kartells usw. begegnen wollen. Nur die Ver-
vollkommenung des Produktionsapparates kann uns wieder
aus der Krise herausführen. Daran mitzuarbeiten ist heute
eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften. Die Ent-
stehung eigener Industrien in den bisherigen Abhängländern
hat ein neues Problem ausgestellt, das der Standortöko-
nomie, die Fertigstellung des Produkts an den Quellen der
Rohstoffe. Die Umschichtung ganzer Berufe stellt die Ge-
werkschaften ebenfalls neue Aufgaben. „Freizeitkultur“, ein
neuer Begriff! Hier ist es Aufgabe der Gewerkschaften,
ihren Mitgliedern in ihrer freien Zeit Bildungsmöglichkeiten
zu schaffen. Der Besuch dieser Veranstaltungen muß als
Pflicht gegen die Organisation angesehen werden. In der
Jugendbewegung muß das pädagogische Moment mehr be-
zogen werden. Die Jugend muß ihre teilweise dogmatische
Einstellung aufgeben, um für die Kulturarbeit frei zu
werden. Um dieses Problem haben sich auch die Arbeiter
mehr zu kümmern. Der Ausbau des wirtschaftlichen Mit-
bestimmungsrechtes, Erhaltung des Betriebsratsgesetzes, eine
Erweiterung des Gewerkschaftsangebots, und eine Ge-
setzgebungsänderung ist die Aufgabe aller Gewerkschaftsmit-
glieder. Arbeit für die Gewerkschaft ist Arbeit für alle, nicht

so nahe, daß das Gift dort, wo es zur Ausdehnung aus-
dem Körper kommt, nämlich in den Nieren, Eitrungen ver-
ursacht. Die als Folge einer Bleivergiftung zuweilen auf-
tretenden Nierenkrankheiten können ebenfalls großen Schaden
anrichten, Wasserlucht und die übrigen Symptome gestörter
Nierenfunktion hervorrufen.

Der Schwindel, der uns vorgemacht wurde.

In der „Metallarbeiterzeitung“ gab Gustav Schüller, der
mit der Arbeiterdelegation zum Studium nach Sowjetruß-
land gefahren war, seine Eindrücke wieder. Er sagt u. a.:

„Bei Besichtigung einer Gummiabrik in Krasnodar wurde
mir der Schwindel, der den Rußlandbelegierten vorgemacht
wurde, klar. Der rote Direktor sagte uns in einem Arbeits-
saal, hier werden nur alte Frauen mit ganz leichten Ar-
beiten beschäftigt. Ich fragte die Frauen, welchen Lohn sie
erhielten. Niemand beeinträchtigt durch das Weissen des roten
Direktors oder durch eine ganz andere Fragestellung durch
den von den Kommunisten gestellten Dolmetscher, den ich
ja nicht kontrollieren konnte, sagten die Frauen 80 Rubel.
Mir erschien das ziemlich hoch. Ich hatte ja schon Gelegen-
heit gehabt, die Männerlöhne in der Industrie zu erfahren
und wußte, daß mancher Dreher und Schloffer keine
60 Rubel verdiente. Bei einem Besuch in der Wohnung
der Arbeiter konnte ich dann die Wahrheit erfahren. Eine
junge, kräftige Frau von 32 Jahren und ihr junger Mann
arbeiteten beide in der Gummiabrik. Sie verdiente
18 Rubel und er 42 Rubel im Monat, also beide zusammen
 kamen auf 60 Rubel im Monat, und der rote Direktor hatte
 uns vorgeholt, daß die alten Weiber mit leichten Arbeiten
 60 Rubel verdienen. In diesem Betrieb waren die Arbeiter-
 rinnen auch angehalten worden, beim Besuch der Rußland-
 fahrer ihren Sonntagstaat anzulegen. So saßen die

Menschen im Sonntagstaat an den Maschinen uns zur
Schau.

Ich versuchte, mich ohne Führer etwas über das Leben
zu unterrichten. Bei einem Nachtgang durch Krasnodar sah
ich die schlimmste Obdachlosigkeit. Im Winter, auf Treppen
und an Hauseingängen lagen Menschen und schliefen, dar-
unter waren Kinder unter zwölf Jahren. Groß ist die Zahl
der Armen, die durch Beitel ihr Leben fristen. Der Einzel-
menschen, der einigermaßen ganze Kleidung trägt, wird for-
geleht abgeteilt. Auf dem Zugang zur Alexanderkirche,
kaum hundert Meter lang, zählte ich 37 Bettler, darunter
waren Frauen mit Säuglingen an der Brust. Auf meine
Frage erklärte der Dolmetscher, hier könne man nichts tun,
selbst die Polizei sei machtlos. Die Kinder seien fast immer
aus den Kinderheimen entlaufen. Einige Frauen von
Volgadeutschen, die gut deutsch sprachen und die ich kennen-
lernen, erklärten, daß es in der Provinz noch schlimmer sei.
Dort trieben sich die verwaisten Kinder in Herden herum.

Gegner des Sowjetregimes konnte ich nicht sprechen.
Die Angst vor der Tscheka hielt alle zurück. Einen Arbeiter
traf ich, der sich als Menschewist bekannte, er trug mir
Brüche an die Sozialdemokratische Partei auf. Auf meine
Frage nach den Verhältnissen sagte er mir, sie dürften nicht
sprechen, ich sollte nicht glauben, daß wir unbeschäftigt seien,
vor ihrem Munde hänge ein Schloß. Ein anderer erklärte:
Wir dürfen nichts sagen, an unsern Hals hängt das Messer;
und ein Dritter sagte auf meine Frage abweisend: „Ich
kenne Sie nicht, was wollen Sie denn vor mir?“ Aus diesen
Worten sprach die Angst vor der Tscheka und vor Tscheka-
spitzeln. Die Leute schienen schon schlimme Erfahrungen ge-
macht zu haben.

Ein Gefängnis zu besuchen, habe ich nicht Gelegenheit
bekommen. Das Gerücht von Stadtlaub für Gefangene
schreit ein Märchen zu sein; ich sah Gefangene in den
Straßen, die aber von vier Mann mit aufgespanntem Ba-
jonnet und einem Fünften mit gezogenem Revolver begleitet

waren. Eine Kommunistin, die in dem Gefängniswesen be-
schäftigt war, wurde von uns wegen der Tobesurteile
gefragt; sie bestätigte, daß erst vor wenigen Tagen 17 Mann
ohne viel Federlesens erschossen worden seien, trotzdem diese
brutalen Gewaltmaßnahmen allgemein verurteilt würden.
Die Tscheka mache aber, was ihr beliebt. Auf unsere
weiteren Fragen wich sie aus und meinte, sie habe uns
schon viel zu viel gesagt.

Die Freizügigkeit für Arbeiter ist nahezu aufgehoben.
Kein Arbeiter kann und darf nach seinem Willen die
Arbeit niederlegen und sich eine neue Arbeitsgelegenheit
suchen. Er muß einen langen Antrag stellen, der aber
regelmäßig abgelehnt wird.

Auf dem Schiff traf ich einen Rußen, der im Krieg
als Gefangener in Deutschland geliebt und auch eine Deutsche
geheliratet hatte. Auf die Verprechungen der Sowjetregie-
rung war er nach seiner Heimat übergesiedelt. In Rußland
hatte er als Reparaturarbeiter Arbeit bekommen. Er zeigte
mir sein Wohnhaus. Danach hatte der Mann im ersten Mo-
nat 58, im zweiten 46, im dritten 31 und im vierten 35 Rubel
verdient. Unter solchen Verhältnissen zog er es vor, voll-
ständig mittellos nach Deutschland zurückzuziehen. Das
Vaterland war ihm als Heimat unmöglich geworden.

Ich weiß, daß durch Aufnahme und Verpflegung einige
meiner Mitbelegierten sehr beeinträchtigt worden sind. Was
sonst noch blieb, wurde von gewissen Dolmetschern im
Gegegnung umgekehrt. Ein Mitfotograf der Delegation sagte
mir, daß er dreimal angelegen wurde in einer Art, die
mehr denn stark zu nennen sei. Ein Blinder habe den
Schwindel mit dem Kräftstoff fühlen können.

Eines steht aber fest, die russische Regierung versucht
mit aller Kraft, etwas Besseres zu schaffen. Und dazu sind
die russischen Kommunisten andere Kerle, als die deutschen
Maulausfreier, die sich Kommunisten nennen.

nur Kritik, sondern positive Mitarbeit bedeutet Schaffen und Gestalten.

Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag machte Kollege G. Groymann Mitteilung von der beabsichtigten Weihnachtsunterstützung. Der Ortsvorstand wird sich nochmals damit beschäftigen. Allein im Buchdruck kommen zurzeit 372 männliche und 95 weibliche in Frage. Diese Zahlen werden in den nächsten Wochen voraussichtlich noch eine Erhöhung erfahren. Immer wieder zeigt sich, insbesondere bei unseren weiblichen Mitgliedern, eine strafbare Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen über Nachtarbeit und Überarbeit. Wiederholt mußte die Gewerbeinspektion eingreifen. Diesem sollten in solchen Fällen die gesetzlichen Betriebsverordnungen, deshalb muß sich die Kollegenchaft in jedem Betrieb einen Betriebsrat wählen. Eine Frauenversammlung wird sich speziell mit obigen Dingen beschäftigen. Die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen werden hiermit nochmals aufgefordert, alle 4 Wochen ihr Buch stempeln zu lassen, um eine Kontrolle zu ermöglichen. Weiter teilt Kollege Groymann mit, daß als Opfer des Schriftstrijektreits 26 männliche und 20 weibliche Kollegen auf der Strecke geblieben sind. Kollege Zaungarten ersucht, die gesammelten Gelder für die Weihnachtsunterstützung spätestens bis zum 10. Dezember an das Bureau abzuführen. Eine von den Ausschüßsalzern eingebrachte Resolution wird dem Ortsvorstand übermiesen. Zum Schluß erfolgen noch einige Bekanntmachungen über die Neuwahl des Krankentafelenausschusses, der Ausstellung im Gewerkschaftshaus und über die Arbeiterbank. Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder ist es, ihre erparten Groschen von der Arbeiterbank zuzuführen, um nicht den unter bürgerlichem Einfluß stehenden Sparkassen Gelder zur Bekämpfung der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 25. November 1925. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Kollege Selge aus dem Ableben unseres Kollegen Fritz Elgner und des Reichstagsabgeordneten Franz Kaufkötter aufmerksam. Beiden widmet er einige Gedächtnisworte, die Versammlungsmitglieder erweisen durch Erheben von den Plätzen den Verstorbenen die letzte Ehre.

Ueber die „Demokratisierung der Wirtschaft“ spricht Kollege Carl Hoyon, der zuerst die beiden auf dem Gewerkschaftsting gehaltenen Referate zu diesem Thema und die dazu angelegenen Entschlüsse behandelt. Den Betriebsräten steht eine wichtige Aufgabe in der Demokratisierungsprozedur zu. Voraussetzung dabei ist, daß sie diese Aufgabe erkennen und nicht, wie in manchen Fällen, zum Handlanger des Unternehmers werden, oder in nichtiger Kleinigkeit ihre Tätigkeit erlöschen. Ein weiterer Schritt zur Demokratisierung ist das vermehrte Einbringen in die Parlamente, die Gemeindevertretungen. Allerdings haben wir in dieser Beziehung in Deutschland keine guten Erfahrungen gemacht. Ein besonderes Kapitel im Wirtschaftskampf muß für den denkenden Proletarier nach wie vor die Genossenschaftsbewegung sein. Wir müssen die reinen Arbeiterunternehmungen, die Konsumgenossenschaften, die Versicherungseinrichtungen, sowie die neugeschaffene Arbeiter- und Angestellten-Bank nach Kräften unterstützen und immer neue Mitglieder für diese Einrichtungen werben. Die Gewerkschaften haben die Hauptarbeit der Demokratisierung zu leisten. Kollege Larnow sagte auf dem Kongreß mit Recht: „Wir brauchen wieder ein Ideal, dessen Verwirklichung wir wachen sehen. Und dieses Ziel ist die Umformung der Wirtschaft und damit der menschlichen Gesellschaft zu höheren Daseinsformen. Dazu muß uns die Wirtschaftsdemokratie, die heute eigentlich noch ein Schlagwort ist, helfen. Alle Arbeiter müssen sozialistische Politik treiben. Wenn wir nicht mit der Tat vorangehen, wenn wir nicht selbst zeigen, daß wir imstande sind, die Wirtschaft zu demokratisieren, dann wird es uns der größte Teil der Bevölkerung nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt nicht glauben, daß es möglich ist, eine demokratisierte Wirtschaft durchzuführen.“

Beherzigen wir diese Worte. Auch wir graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen sind berufen, im Betrieb, auf der Straße, in Zusammenkünften Aufklärung über das Problem in die Masse zu tragen.

In der Aussprache ist Kollege Gäbler im allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, doch meint er, daß im heutigen kapitalistischen Staate eine wirkliche Demokratisierung nicht möglich ist. Kollege Selge macht noch einige ergänzende Ausführungen. Im Schlußwort bringt der Referent Richtigstellungen auch über Rußland. — Der Rollenbericht, der gedruckt vorliegt, wird von der Versammlung genehmigt.

Unter „Anerkennung von Arbeitslosen“ teilt der Kollege Selge mit, daß in der Arbeitslosenfrage eine Aussprache unter den Arbeitslosen stattgefunden habe. Ebenso fand sich eine Vertrauenspersonifikation mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt. Beide Veranstaltungen hatten das Ergebnis, daß außerordentliche Mittel für die Arbeitslosen in Angriff genommen würden. Zur Unterstützung für zu Weihnachten noch arbeitslose Kollegen und Kolleginnen wird ein einmaliger Ertrahbetrag von 50 Pf. für weibliche und 1 Mt. für männliche Mitglieder erhoben. Dieser Betrag muß in der Woche bis zum 12. Dezember bezahlt sein. Eine Zellerfassung ergab 28,50 Mt.

Rundschau.

Die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe sind auf den 15. Dezember festgesetzt worden. Ueber Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen erfolgt später näherer Bericht.

Ein Schiedspruch für die Buchdruckerel-Buchbinder ist nach Scheitern der Verhandlungen mit den Unternehmern gefällt worden. Der Buchbinderverband hatte beantragt, die Lohnstaffeln des § 4 des Reichstarifs zu erhöhen und die Bedingungsstaffeln zu beseitigen. Am 2. Dezember wurde von der Schiedsstammung unter dem Vorsitz von Dr. Königsberger folgender Schiedspruch gefällt: „Der § 4 Ziffer 3 des Reichstarifs für Buchdruckerel-Buchbinder vom 6. März 1925 wird bis zum 28. Februar 1926 a u f r e c h t erhalten. Erklärungsfreist bis Montag, den 7. Dezember einschicklich.“ Da mit dem 28. Februar der Reichstarif abläuft, ist erst bei den neuen Verhandlungen über den Manteltarif eine Aenderung der Lohnstaffeln möglich. Die Parteien werden wahrscheinlich den Schiedspruch annehmen.

Jubiläum. Am 1. Dezember 1925 waren es 25 Jahre, da Kollege Otto Hellthal er sich unserer Organisation

in Leipzig als Mitglied anschloß. Frühzeitig hatte er den Wert des beruflichen Zusammenschlusses erkannt, und so finden wir unseren Jubilar bereits mit 18 Jahren in dem kleinen Häuflein unserer Vorkämpfer. Mit dem Feuerifer der Jugend trat er überall ein, wo es galt, die erst zwei Jahre bestehende Zastelle zu verteidigen oder mitzuhelfen am Auf- und Ausbau der heutigen stolzen und zweitgrößten Zastelle unserer Zentralorganisation. In einem der größten Betriebe, im Hause Ostar Brandfäher, hat er in mehr als 15jähriger Tätigkeit als Funktionär für eine Organisation in unsichtiger Weise gewirkt, überall der Kollegenchaft mit Rat und Tat helfend zur Seite stehend. Als Vorstandsmittglied, als Kommissionsmitglied, immer stellte er seine ganze Kraft zur Verfügung. So finden wir unseren Kollegen Otto Hellthal zum 4. Verbandstag 1908 in München, wohin ihn die Leipziger Kollegen zur Vertretung delegiert hatten.

Ueber nicht nur in unserer Organisation hat er der Arbeiterbewegung gedient. Die Leipziger Sportbewegung, in der er heute noch tätig ist, hat in unserem Kollegen Otto Hellthal ebenfalls einen eifrigen Vorkämpfer gefunden.

Möge es unserem Jubilar vergönnt sein, noch recht lange in voller Gesundheit und Tatkraft mit uns wirken und arbeiten zu können, bis die Ziele erreicht sind, die uns zum Siege führen. Der heutigen jungen Generation als leuchtendes Beispiel. Walter Beyer, Leipzig.

Schmutzige Angriffe. Durch zahlreiche Tagesblätter macht eine Notiz die Kunde, die in ihren Anfängen aus Händlerblättern stammt und später von unsauberen Händen vervollständigt worden ist. Sie beginnt mit der Gegenüberstellung der von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung und der vom „sozialistischen“ Kruppischen Wertkonsumverein in Essen gewählten Ruderergütungen und zieht aus dem Umfande, daß diese bei Krupp höher ist (weil der Wert e Konsumverein sie unter anderen Voraussetzungen erzielt), den geflissenen Schluß, daß „die sozialistische Verwaltung teuer und erfolglos arbeitet“. Dann geht es mit hübenem logischen Sprung in die gegenteilige Behauptung hinein, um ihm u h i g e B e r l i n e r u n d u n g e n möglich machen zu können. Es heißt nämlich weiter:

Mit den seltenen Dividenden seien die sozialdemokratischen Konsumvereine Leute ein, die nie alle werden, denn die sogenannten Dividenden sind nichts weiter als vorwiegend genommene Leberpreise. Mit den Konsumvereinen schlägt die Sozialdemokratie drei Fliegen mit einer Klappe. Sie schafft sich Geld für ihre Parteikasse, gibt zielbewußten Genossen gute Brotsellen und vernichtet Mittelstandsbesitzungen. Die Preise sind nicht billiger, aber man hat nach dem berühmten Muster von Warenhäusern und Ramlingsgeschäften sogenannte „Gedarkittel“.

Die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ist ein großkapitalistisches Unternehmen überster Sorte, durch das die daran beteiligten Oberbezogen ein fürchtliches Leben führen können. Die Angestellten werden wie Zitronen ausgepreßt.

Wenn man vergleichen ausgerechnet in Zeitungen liest, die Arbeitermünche schroff abnehmend gegenüberstehen, gewinnt die Sache einen besonders annulierten Anstrich. Es genügt, sie niedriger zu hängen.

Zur Organisation der Arbeiterinnen. Auch in Amerika bleibt die Organisation der Frauen hinter derjenigen der Männer zurück. Im diesem Lebensstand abzuhelfen, haben die Gewerkschaften Amerikas beschloßen, unter der Führung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes eine gemeinsame Organisationskampagne einzuleiten. Es soll dabei so vorgegangen werden, daß sowohl gemeinsame finanzielle Mittel beschafft als auch gemeinsame Aktionen eingeleitet werden. Die amerikanische Bundeszentrale wird im Interesse der Aufstellung durchgreifender Pläne zudem das nötige Informationsmaterial beschaffen und die Distrikte bezeichnen, auf die die geplanten Anstrengungen besonders zu konzentrieren sind.

Die Arbeiterpresse Amerikas hielt kürzlich eine gutebesuchte Sitzung ab, der alle Mitarbeiter des unter der Leitung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes erscheinenden, vorzüglich redigierten und ausgestatteten „Internationalen Arbeiter-Pressebundes“ bewohnten. Nach eingehenden Berichten und der Diskussion der erzieherischen Aufgaben der Arbeiterpresse wurde beschloßen, im Interesse des Aufbaues und der Verbesserung des Arbeiter-Pressebundes in verschiedenen weiteren Städten Korrespondenten zu ernennen. Ferner sollen die Beamten und Führer der amerikanischen Landesverbände aufgefordert werden, den Pressebienst durch die Einfindung von Originalmitteilungen sowie kurze Uebersichten über die erzielten Fortschritte sowie die Pläne und Ausichten ihrer Organisationen zu unterstützen. Der Pressebienst des Internationalen Gewerkschaftsbundes schließt sich dieser Anregung in internationalem Sinne an und hofft, daß das amerikanische Beispiel anregend wirken wird.

Ferienreise an die Wasserfronte. Was, Ferienreise an die See? Jogh, da der Winter kommt? Gewiß. Freilich erst im nächsten Sommer. Ueber wer kann sich eine leisten? Da hat der Arbeiter nun endlich von Rechts wegen ein paar Tage Urlaub, aber an die See oder gar ins Bad fahren, nein, dazu kann's mit dem Gelde nicht. So denkt mancher, und er hat auch recht, was eine Reise für einen einzelnen angeht. Aber alles, was die Arbeiterschaft sich erlauben hat, das erreicht sie durch ihre Organisation. Warum soll man nicht auch Reisen für eine größere Anzahl organisieren und sie damit wesentlich verbilligen können? Für die Möglichkeit sind bereits glänzende Beweise da. Vor dem Krieg hat der Metallarbeiterverband in Dresden einige solcher Fahrten mit großem Erfolg gemacht. Der Zubrang dazu war vielmehr größer, als dann fahren konnten. Jetzt greift er für seine Mitglieder in Dresden diesen Versuch wieder auf. Und das Arbeiterbildungsinstitut in Leipzig veranstaltet in der letzten Augustwoche nächsten Jahres eine solche Reise. Jetzt muß bereits darauf hingewiesen werden, denn die Teilnehmer müssen Zeit haben, sich das Geld zusammenzupacken. Und früh genug muß man von ihr wissen, damit man seinen Urlaub danach einrichten kann.

Die Reise dauert eine Woche. Sonnabend abend, den 21. August, geht es mit Sonderzug von Leipzig fort, am übernächsten Sonnabend abend, den 28. August, kehrt man zurück. Straßburg wird kurz besucht, dann geht es auf die Insel Rügen. Zwei Tage lang kann man nun auf dieser auf Naturphänomene so reichen Insel wandern, sich am Badestrand tummeln. Lübeck, die alte Hansestadt, wird

besucht und in ihr übernachtet. Dann kommen wir nach Hamburg. Wir beschäftigen die vom Leben eines Hafenshafens durchlaufte Stadt. Wir machen eine Hafenrundfahrt, Fahrt auf der Alster, Rundfahrt durch die Stadt, besichtigen einen Ozeanriesen, besuchen Jagdenbecks weitberühmten Tierpark in Stellung. Zwischendurch fahren wir hinaus nach Helgoland. — Das ist der reichhaltige Plan der Reise, die uns Naturphänomene geniesst, die uns - soviel des Interessanten und Bekleidenden sehen läßt.

Wer sie mitmacht, braucht sich um gar nichts zu sorgen während der Fahrt. Die Reiseleitung kümmert sich um alles bis auf die Postkarten. Beste Beköstigung ist überall bereitgestellt, Ueberrachien in guten Hotels wird besorgt. Und alles zusammen kostet einschließlich der Fahrt, der Beköstigungen, der Vertiefung, des Ueberrachens 100 Mt. Kleine Aenderungen sind natürlich noch möglich.

Wie regelt sich nun die Einzahlung der Gelder, das Sparen? Man meldet sich im A.B.S., Braustr. 17, an und zahlt 5 Mt. an, die verfallen, wenn man von der Reise zurücktritt. Am 1. Dezember wird monatlich 12 Mt. zu zahlen, bis mit den 5 Mt. Anzahlung die 100 Mt. beisammen sind. Das Geld wird vom A.B.S. auf der Volkshauspartalle angelegt. Zur Teilnahme an der Fahrt kann man sich jetzt schon vorordnen lassen und 5 Mt. anzahlen. An der Fahrt kann jeder freigezweckthaltlich oder politisch organisierte Arbeiter und Angestellte mit seinen Familienangehörigen teilnehmen, auch von außerhalb Leipzigs. Die Reiseorganisation wird natürlich erschwerer, je später sich die Teilnehmer anmelden. Die Einzahlungen müssen regelmäßig erfolgen bis zum 10. jeden Monats. Wer am 1. März zurücktritt, muß insgesamt 105 Mt. bezahlen, am 1. Mai 110 Mt., am 1. Juli 115 Mt., und wer nach dem 1. August hinzutritt, 120 Mt.

Bureau: Arbeiterbildungsinstitut, Leipzig, Braustr. 17. Postfachkonto: Leipzig 65 967.

Literatur.

Die deutsche Arbeiterbewegung in Sowjetrußland. Verlag Carl Sonm Nachf., Berlin 1925.

Sofia Maria Frank: Weibarbeit. In acht Tagen durch ein Jahrtausend. Verlag J. B. Neß Nachf., Berlin SW. 68. Kartierter 2,50 Mt., Ganzleinen 4,00 Mt.

Dr. Ostar Stille: „Ausbeutung der Arbeiter“ (Selt 2 der Schichtenammlung „Die Gewerkschaftslehre“, 78 Seiten, bez. 1,20 Mt.) Thüringer Verlagsgesellschaft und Buchverl. G. m. b. H., Jena, Auf. Buchverlag. Die Gewerkschaftslehre“ wird an den Gewerkschaftsschulen und Arbeiterbildungsinstituten ein Lehrbuch sein. Sie ist aus den Erfahrungen einer fünfjährigen Praxis an der Berliner Betriebschule und Gewerkschaftsschule herausgewachsen und hat durch dieses 2. Heft von dem in der Volkshausbewegung bekannten Dr. Stille eine wesentliche Bereicherung erfahren.

Abrechnungen.

In der Woche vom 30. November bis 5. Dezember kam die Abrechnung des 4. Quartals vom Gau 7a (Schlesien). Ferner gingen für das 4. Quartal Monatsabrechnungen ein aus Hannover 3000 Mt., Bielefeld 600 Mt. Berlin, den 5. Dezember 1925. H. Lohahl.

Für die Woche vom 13. bis 19. Dezember ist die Beitragsmarke in das mit 51 bezichnete Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu kleben.

Unserem lieben Kollegen und Vorstandsmittglied Josef Thuring (i. Ja. Köhner Verlags-Anstalt) zum 25jährigen Geburtstagwünsche die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitgliederchaft der Zastelle 620 a. Aachen.

Unserer lieben Kollegin Hedwig Kün neßt Brautjungam Martin Schomann die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung am 5. Dezember 1925.

Zastelle Schwerin (Medl.)

STERBETAFEL.

Am 25. November 1925 verstarb unsere liebe Kollegin

Katharina Weber

(in Ja. Gb. & Aug. Orünig)

im Alter von 29 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen

die Zastelle Danau a. M.

Am Donnerstag, den 26. November 1925 verstarb an Herzschlag unsere liebe Kollegin, die Buchdruck-anlegerin Frau

Ida Zimmermann

im Alter von 61 Jahren. Frau Ida Zimmermann war bei der Ja. Gebe & Co. beschäftigt und hat dort als Vertrauensperson im Interesse unserer Organisation sowie der Kollegenchaft gewirkt. Für die Treue aller Gewerkschaftler und die Arbeit, die sie im Interesse der Gesamtorganisation unermüdet geleistet hat, an dieser Stelle herzlichen Dank.

Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen

die Zastelle Dresden.

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb am 29. November 1925 unser lieber Kollege und treues Mitglied

Walter Thaudien

im Alter von 22 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Mitglieder-

chaft

der Zastelle Magdeburg.

Am 8. Dezember 1925 verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Buchdruckfahrsarbeiter

Karl Stricker

im 28. Lebensjahre.

Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm die Kollegen-

chaft

der Zastelle Berlin.

Verantwortlich für Redaktion: S. Schulte Charlottenburg, Westendstraße 14. Fernruf: Amt Redend 1828. Verlag: G. Lohahl, Charlottenburg. - Druck: Borntrich-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Singer u. Co., Berlin SW. 68.